

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
Eric Nittinghaus, Berlin.
Telefon: am Dönhof 4136/4138



Redaktion: Dönhof und Charlottenburg:
Berlin O 30 61, Zelle-Straße Post 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen gegeben. Richtigung innerhalb 4 Wochen
an den Verleger, wenn nicht anders bestimmt ist. Verantwortlich für Inhalt: Eric Nittinghaus.

Berlin, den 9. April 1931.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Die preussischen Nazis.

Diätenschlucker und Faulenzer.

SPD. Die parlamentarische Tätigkeit der Nazis im Preussischen Landtag wird gekennzeichnet durch einen Arbeitsstreik dieser seltsamen Erneuerer ab 1931. Seit dieser Zeit haben sie im Preussenparlament nur noch einmal und zwar in der letzten Sitzung das Wort genommen und sich möglichst auch an keiner Abstimmung beteiligt. Trotzdem sind sie alle Tage pünktlich und gewissenhaft im Landtag erschienen, haben sich in die Anwesenheitsliste eingetragen und dann ihren Stamplatz in der Landtagskneipe gegenüber der Theke eingenommen, den sie geschlossen und siegreich bis zum Schluss der Sitzung behauptet haben. Sie haben damit jenes Idealbild des Parlamentariers verwirklicht, das sie ihren Wählern verleumderisch von anderen Parteien gezeichnet haben: sie haben sich ausschliesslich auf den Diätenempfang beschränkt.

Welches Motiv die Diätenschlucker zu ihrem Parlamentsstreik bewogen hat haben sie selbst nie mitgeteilt; es lassen sich darüber nur Vermutungen aufstellen. Vielleicht haben sich die Nazis von dem Gedankengang ihres Abgeordneten Lohse-Altona, des Verleihers seiner Freikarte an einen Nazi-Rowdy leiten lassen, der am 9. Juli 1929 gegen Ende einer langausgedehnten Sitzung in den Stosseufzer ausbrach: "Dieses reaktionäre Haus bezahlt bekanntlich Ueberstunden nicht." Vielleicht fanden die Nazis, dass sie im Preussen-Landtag nicht stark genug vertreten wären. Sie hatten bei der Wahl vor vier Jahren noch nicht einmal 350 000 Stimmen in ganz Preussen erhalten und nicht mehr als sechs Abgeordnete, zu denen sich später als siebenter der hessische Landvolkman Keller gesellt hat, ein früherer Stahlhelmann, der aber im wüsten Schimpfen auf Sozialdemokraten und Arbeiter selbst von den Nationalsozialisten nichts mehr lernen kann. Seitdem ist die Nazi-Partei als Notgewinnlerin stark angeschwollen. Aber wieviel Anhänger werden diesen Maulhelden in vier Jahren noch nachlaufen?

Möglich wäre indessen auch, dass die Nationalsozialisten selbst zu der Erkenntnis gelangt sind, im Preussenparlament genug geredet und sich genug Blamagen zugezogen zu haben, so dass für sie Schweigen der Tapferkeit besserer Teil sei. Kurz vor dem Eintritt in den Parlamentsstreik - am 17. Oktober 1930 - hatte der Nazi-Abgeordnete Haake bereits die Erklärung abgegeben, dass die Nationalsozialisten jede weitere Auseinandersetzung mit dem Zentrum ablehnen müssten, weil das Zentrum sie immer "in einer Heiterkeit erregenden Form" behandle. Den Nazis ging es im Preussischen Landtag ähnlich wie dem Schülmeister, der den Schüler, der bestritt, über den Lehrer gelacht zu haben anfuhr: Ich möchte wirklich wissen, was hier ausser mir lächerlich sein könnte.

Immerhin haben die Nationalsozialisten in den ersten zwei Landtagsjahren schüchterne Versuche gemacht, nicht nur wüste Schimpfworte auf alle ihre Gegner maschinengewehrmässig herauszuprasseln, sondern auch ihre eigenen Grundanschauungen zu entwickeln. Sehen wir zu, was dabei herausgekommen ist. Als Gesamt-tendenz der Nationalsozialisten hat ihr jetzt von Ober-Osaf neubestä-

tigter Preussenführer Wilhelm Kube proklamiert: "Wir wollen die Demokratie benutzen, um der Demokratie das Lebenslicht auszublenden." Bereits in der ersten Sitzung des neugewählten Preussischen Landtages am 8. Juni 1928 hat Herr Haake dekretiert: "Das parlamentarische System ist am Ende; deshalb verlangen wir Nationalsozialisten, dass Sie nach Hause gehen und diesen Laden hier zumachen." Was die Nationalsozialisten allerdings nicht gehindert hat, den Antrag zu stellen, die Regierung solle entgegen den Feststellungen des Landeswahlleiters und des Wahlprüfungsgerichts drei weitere Nationalsozialisten für gewählt erklären und als Abgeordnete in den Preussischen Landtag einberufen. Ein herrliches Beispiel von Antragsfabrikation und von den Vorstellungen, die sich die Herren Nazis über die Befugnisse der Regierung machen.

Es gesellt sich bei den Nazis zu dem Hass gegen die Demokratie und ihrer plumpen Umschmeihlung des gesunden Nationalgefühls als dritte Grundlehre, dass alle wirtschaftliche Not ausschliesslich auf die "Erfüllungspolitik" zurückgeht. In sämtlichen Debatten, gleichviel ob über eine Ueberschwemmungskatastrophe oder über die Nöte der Landwirtschaft haben die Nationalsozialisten im Preussenparlament erklärt, weder Staatshilfe noch Selbsthilfe habe Zwecke, solange die Tribute fort dauerten. "Nur die Erfüllungspolitik ist schuld an der deutschen Not." (Abg. Kerrl am 26. Mai 1930.) Wie hundertprozentig richtig diese Auffassung ist, hat inzwischen das deutsche Volk experimentell erfahren: Seit dem 1. Juli 1931 zahlen wir keinen Pfennig Reparationen mehr, und unbeschadet aller diplomatischen Unsicherheit über die Zukunft des Young-Plans darf man doch soviel als feststehend annehmen, dass in absehbarer Zeit Deutschland nicht mehr zahlen wird. Damit müsste nach nationalsozialistischer Theorie alle Wirtschaftsnot seit dem 1. Juli behoben oder doch mindestens im hervorragendsten Masse gemildert sein. Die Wirklichkeit zeigt freilich ein anderes Bild.

Weil allein die Erfüllungspolitik an der deutschen Not schuld sein sollte haben die Nationalsozialisten über Sozialismus im Preussen-Landtag niemals geredet. Nur ein einzigesmal hat der Abgeordnete Lohse-Altona am 20. Februar 1930 die Frage der Sozialisierung überhaupt erwähnt. Zwei sozialdemokratische Redner zu der damaligen Agrardebatte hatten darauf hingewiesen, dass die deutschen Konsumenten für Lebensmittel jährlich rund 18 Milliarden ausgaben, während für die gleichen Lebensmittel der deutsche Landwirt nur 9 Milliarden erhält, und hatten unter Hinweis auf diese Tatsache weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels gefordert. Kraft seiner völligen volkswirtschaftlichen Unwissenheit hielt das Herr Lohse für ein Sozialisierungsprogramm und entgegnete darauf

"Sie sind nicht diejenigen, die hier über Zwischenhandel, über Kapitalismus reden dürfen, Sie sind die Schutztruppe des Kapitalismus im heutigen System. (Zuruf bei der Soz. Partei: Sozialisierst Frick in Thüringen?) Der wird noch viel mehr sozialisieren. Der wird auch Sie sozialisieren, wenn es nötig sein sollte."

Was mag sich so ein Naziabgeordneter danach unter Sozialisieren vorstellen? Von der Tatsache, dass gerade zur Zeit Fricks Preussen in Gemeinschaft mit Sachsen die Thüringer Gas und die Thüringer Elektrizitätswerke davor bewahrt hat, in die Hände des Privatkapitals zurückzufallen und sie in den Eigenbesitz des Preussischen Staates gebracht hat, haben natürlich die Herren Nazis keine Ahnung gehabt. Von ihren sozialpolitischen und sonstigen Blamagen das nächste Mal!

SPD. Die preussischen Regierungsparteien haben im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, die Geschäftsordnungsbestimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten zu ändern. Der Landtag wird am Dienstag zu dem Antrag der Regierungsparteien Stellung nehmen.

Die preussische Verfassung bestimmt lediglich, dass der Landtag den Mi-

nisterpräsidenten wählt. Die Einzelheiten der Wahl regelt die Geschäftsordnung. Sie schreibt vor, dass zum Ministerpräsidenten gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat im ersten Wahlgang kein Bewerber diese absolute Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer in der Stichwahl die höhere Stimmenzahl erlangt.

Der Antrag der Regierungsparteien will die Stichwahlbestimmung streichen. Gültig soll lediglich die Bestimmung bleiben, dass zum Ministerpräsidenten gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Voraussetzung für die Wahl des Ministerpräsidenten wäre also in Zukunft nur die absolute Mehrheit der Stimmen.

Trotz langjähriger Beratungen der Geschäftsordnung ist ein neuer Entwurf im Landtag bisher noch nicht zur Annahme gelangt. Es erschien indessen wichtig, die Bestimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten noch durch den alten Landtag ändern zu lassen. Hier liegt ein wohlverstandenes demokratisches Interesse vor. Ein Misstrauensvotum kann nur mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des preussischen Landtags zur Annahme gelangen. Demgemäss soll in Zukunft auch die Bestimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten gestaltet werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass ein Misstrauen nur von einer Mehrheit des Landtags ausgesprochen werden darf, dass aber für die Wahl des Ministerpräsidenten, d.h. eine positive Massnahme von viel grösserer Wichtigkeit, unter Umständen eine Minderheit ausschlaggebend sein kann. Ausserdem kann ein solches Missverhältnis zwischen Misstrauensvotum und Ministerpräsidentenwahl die Gefahr mit sich bringen, dass ein ständig sich wiederholendes Spiel mit Regierungssturz und Ministerpräsidentenwahl getrieben und damit jede positive parlamentarische Arbeit unmöglich gemacht wird.

Es ist daher eine selbstverständliche Forderung, dass ein Kabinett die Geschäfte solange zu führen hat, bis eine Landtagsmehrheit einen neuen Ministerpräsidenten gewählt und dieser sein Ministerium zusammengesetzt hat. Nur wenn diese Wahl auf einer Landtagsmehrheit beruht, hat ein solcher neuer Ministerpräsident die Aussicht, im Amt zu bleiben und nicht sofort wieder durch ein Misstrauensvotum gestürzt zu werden.

Die Annahme des Antrags der preussischen Regierungsparteien würde den gleichen staatsrechtlichen Zustand für die Wahl des Ministerpräsidenten herbeiführen, wie er in den beiden grössten Ländern nach Preussen, in Bayern und Sachsen, aber auch in einigen anderen Ländern, wie z.B. in Hessen, schon besteht. Die Erregung der sogenannten nationalen Opposition über einen Antrag, der lediglich die Grundsätze der Demokratie für die Wahl des Ministerpräsidenten ausbauen will, ist völlig unberechtigt. Abgesehen davon aber stellt sich die "nationale Opposition" doch so siegesgewiss, als ob sie im neuen preussischen Landtag die Mehrheit erringen würde. Sie könnte dann in jedem Fall die politische Macht übernehmen. Aber sollte die Wut über den Antrag nicht doch aus Schwächegefühl entspringen, das durch laute Prahlereien nur mühsam verborgen werden soll?

SPD. Der Soziologe und Historiker
H. Cunow feiert am 11. April seinen
70. Geburtstag.

Cunow überschaut heute eine mehr denn vierzigjährige Forschertätigkeit auf soziologischem und historischen Gebiete. Ursprünglich im Grosshandel beschäftigt, hat Heinrich Cunow sich durch eine angeborene reiche wissenschaftliche Begabung zu einem Soziologen von grossem Format emporgearbeitet, der einige Jahre an der Berliner Universität als Professor gesellschaftswissenschaftliche Vorlesungen hielt und dem Berliner Museum für Völkerkunde

als Direktor vorstand. Schon im Jahre 1890 sehen wir Cunow, in komplizierte, schwer lösbare ethnographische Probleme vertieft, die Feder ergreifen, um in der "Neuen Zeit" zur Frage der Staatsentstehung Stellung zu nehmen. Für die Zeitschrift "Ausland" verfasst er dann seine Abhandlung über die altperuanischen Dorf- und Markgenossenschaften, aus der nach gründlichen Studien seine bekannte Arbeit über "die soziale Verfassung des Inkareichs" hervorgeht. Diese Arbeit räumt radikal mit dem Märchen von der sozialistischen Staatsschöpfung der Inka-Kaiser in Altperu auf, sie enthüllt den peruanischen Agrarkommunismus als eine Entwicklungsform des primitiven Kommunismus, wie er sich bei allen zivilisierten Völkern gefunden hat.

Seine gründlichen soziologischen, nationalökonomischen und historischen Kenntnisse rüsteten Heinrich Cunow mit treffsicheren Waffen für den politische Tageskampf aus, die er als Mitarbeiter und Redakteur des "Vorwärts" glänzend handhabte. Nach der Revolution wurde Cunow als preussischer Landtagsabgeordneter ein wertvoller Mitarbeiter an der Neugestaltung des preussischen Unterrichts wesens.

In ständiger Berührung mit der Arbeiterschaft bildet er seine pädagogische Fähigkeit, klar und volkstümlich über wissenschaftliche Themen zu schreiben, bis zur Meisterschaft aus. Er hat zu den erfolgreichsten Lehrern an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin gehört, und einigen seiner begabtesten Schüler öffnete er durch eine gründliche wissenschaftliche Verstandes- und Urteilsschulung den Weg zu führenden Posten im politischen und wirtschaftlichen Leben.

Die grosse französische Revolution mit ihren gewaltigen, auch noch unsere Zeit befruchtenden Problemen fesselte ihn im hohen Masse. Er zerstreute den Kranz von Legenden, die sich um die "bauernbefreiende" Augustnacht 1789 gewoben hatten, er führte die Unterschiede zwischen den Girondisten, Dantonisten, Hébertisten etc. auf soziale Klassengruppierungen und nicht auf blosse persönliche Rivalitäten und Eifersüchteleien zurück. In der Darstellung Cunows erschienen die Klassenkämpfe der grossen französischen Revolution schon da und dort als erschütternde Vorspiele der sozialen Kämpfe unsrer Zeit.

Heinrich Cunow zählt zu den anregendsten, eigene Wege wandelnden Marx- und Engelsforschern der Sozialdemokratie. Aus Marx'schen Äusserungen in Abhandlungen, Zeitschriften, Buchkritiken baute er folgerichtig das ganze soziologische System dieses grossen Sozialisten auf. Aus dem zweibändigen Werk Cunows: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschaft- und Staatstheorie (Verlag J.H.W.Dietz Nachf. Berlin) schöpft jeder denkende Leser eine gründliche Belehrung über die soziologischen Ideen und die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels.

In den vier Bänden seiner "Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte" hat H.Cunow die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Menschheit von der primitiven Sammelwirtschaft an bis zum Hochkapitalismus anschaulich dargestellt (Verlag J.H.W.Dietz Nachf. Berlin.). Die tiefgreifenden Unterschiede des kapitalistischen Werdeprozesses der einzelnen Kulturstaaten hat Cunow scharf herausgearbeitet, und wir haben die heutige soziale Struktur dieser Staaten klar vor Augen. Die Allgemeine Wirtschaftsgeschichte Cunows wird allen als wichtiges Hilfsmittel dienen, die an dem Aufbau einer neuen Wirtschaft auf Grundlage der gegebenen Verhältnisse mitarbeiten wollen. Dem treuen und gewissenhaften Berater der Sozialdemokratie Deutschlands, dem Genossen Heinrich Cunow wünschen wir noch viele Jahre fruchtbarer wissenschaftlicher Arbeit

SPD. München, 9. April (Eig. Drahtb.)

Die Angaben der "Münchner Post" über die Tscheke des Braunen Hauses, die Zelle G, über die die Polizeidirektion vor der Öffentlichkeit unterrichtet worden war, veranlasste die Polizei zum raschen Zugriff. Sie verhaftete

insgesamt sechs Mordverschwörer, an ihrer Spitze den angeblichen Chauffeur des Horn-Kommandos der Zelle G und den Fabrikanten und Bandagisten E. Danzeisen aus München-Laim.

Danzeisen, der im vorigen Jahr noch Standartenführer der SA war, zurzeit aber nicht mehr Mitglied der Hitlerpartei sein soll, organisierte kurz vor Ostern ein Umlegekommando und stellte zur Durchführung des Mordplans eine grössere Geldsumme zur Verfügung, die bereits unter die Aktivisten verteilt wurde. Unter den Opfern, die als der Partei unbequeme Führer beseitigt werden sollten, befanden sich der Stabschef Röhm und sein aussenpolitischer Mitarbeiter Bell sowie der Chef der Nachrichtenabteilung Graf du Moulin-Eckart. Es hat also den Anschein, als ob der Zweck dieser Umlegeaktion die Beseitigung der prominentesten 175. im Braunen Haus war. In diesem Zusammenhang wurde allerdings auch der Reichsführer der SS, Abgeordneter Himmler genannt, der durch seine Tollhausorganisation des sogenannten Rasseamts innerhalb der SS weitesten Kreisen verhasst geworden ist. Die Art der Beseitigung war der Mordkolonne selbst überlassen. Ausser Danzeisen wurde auch seine Frau verhaftet, die inzwischen wieder freigelassen wurde, ferner der aus Karlsruhe von dem Reichstagsabgeordneten Buch herbeigeholte Horn und jener berüchtigte des Gareis-Mordes verdächtige Leutnant Schweikart. Fünf der Verhafteten wurden bereits dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Bei ihrer Vernehmung verwickelten sie sich in zahlreiche Widersprüche.

SPD. Breslau, 9. April (Eig. Drahtb.)

Der Bevölkerung des flachen Landes in den beiden schlesischen Provinzen hat sich seit Tagen wieder eine starke politische Erregung bemächtigt. Die Ursachen dieser Beunruhigung der ländlichen Bevölkerung sind die Zusammenziehungen der SA und SS-Formationen, die seit Ostermontag in sämtlichen Kreisen Ober- und Niederschlesiens vorgenommen werden.

Wie der seit Sonnabend abermals verbotene nationalsozialistische "Schlesische Beobachter" in herausforderndem Tone berichtet, streifen gegenwärtig 27 SA-Propagandastürme in Stärke von etwa je 60 - 80 Mann im Gau Schlesien umher. Davon entfallen 5 auf die Provinz Oberschlesien. Am intensivsten werden die Kreise auf der rechten Oderseite im Regierungsbezirk Breslau von den Nazischwärmen heimgesucht. Nach den bisherigen Feststellungen der Vertrauensleute der Eisernen Front waren u.a. folgende Ortschaften bisher die Hauptstützpunkte dieser Bewegungen der Hitlerschen Privatarmee: Chorulla, Kreis Gross Strehlitz, Friedland, Kreis Falkenberg OS, Reinersdorf, Kreis Kreuzburg O/S., Rössnitz und Branitz, beide Kreis Leobschütz, Prauss Kreis Nimptsch, Schlewitz und Alt Ellguth, beide Kreis Oels, Riemberg und Mondschütz Kreis Wohlau, Roter Grund Kreis Hirschberg, Bremenhain und Daubitz, Kreis Rotenburg (Oberlausitz), Zyrus bei Freystadt sowie Marklissa und Thiemendorf, Kreis Lauban. In diesen und zahlreichen anderen Orten sind die SA-Trupps seit Ostermontag bei nationalsozialistischen Rittergutsbesitzern und Grossbauern einquartiert. Während man in der Osterwoche die überwiegend jugendlichen Mitglieder dieser Gruppen ungeachtet des Osterfriedens mit militärischen Uebungen aller Art und Instruktionsstunden beschäftigt hatte, wurden die einzelnen Stürme seit vergangenen Sonntag systematisch zu Propagandatouren angesetzt. Seitdem fahren die SA-Leute feldmarschmässig ausgerüdet, teilweise uniformiert, mit eigenen oder gemieteten Kapellen in der Provinz umher. In jedem Ort, den sie passieren wird ein Umzug veranstaltet und die Bevölkerung mit Tausenden von Flugblättern überschüttet.

Die Polizei liess diesen Dingen im allgemeinen unverständlicherweise bisher völlig freien Lauf, obwohl die Sicherheit in höchstem Masse gefährdet erscheint. In der Provinz Niederschlesien ist bisher an keiner Stelle ein energisches Vorgehen der Behörden gegen den Terror der SA-Formationen zu ver-

zeichnen. Nur in Oberschlesien wird rücksichtslos mit den nationalsozialistischen Spuk aufgeräumt. Wie die Pressestelle des Oberpräsidiums Oppeln mitteilt, sind sowohl im Kreise Falkenberg als auch in den Kreisen Gross Strehlitz und Leobschütz die umherstrolchenden Propagandastürme dingfest gemacht und zum Teil bereits vom Schnellrichter abgeurteilt worden. Polizeibeamte begleiten die nationalsozialistischen Trupps und lösen sie sofort auf, sobald Anstalten zu weiteren Umzügen in den Landgemeinden getroffen werden. Damit ist der nationalsozialistische Rummel in Oberschlesien völlig unterbunden.

In Obersechnitz Kreis Rosenberg O/S wurde der nationalsozialistische Arzt Dr. Schulze-Beer verhaftet, der sich auf dem Dominium des Gutspächters Franzki als militärischer Instrukteur einer SA-Kolonie betätigt.

SPD. Der Reichspräsident empfing am Sonnabend den Reichsinnenminister Dr. Groener zum Vortrag.

SPD. Husum, 9. April (Eig. Drahtb.)

In der Umgebung von Husum kam es zu einer Bauernrevolte. Ein Landwirt, dessen Hof zwangsversteigert worden war, sollte sein bisheriges Besitztum verlassen. Unterstützt von 350 Bauern, die den Hof "schützten", weigerte er sich, den neuen Besitzer in das Gewese zu lassen. Um den Verkehr auch auf der Chaussee zu erschweren, wurden Chausseebäume abgesägt und quer über die Strasse gelegt. Acht Landjäger, die herbeigerufen worden waren, konnten gegen die Uebermacht nichts ausrichten. Erst ein aus Flensburg und Schleswig herbeigeholtes Ueberfallkommando der Schutzpolizei hat den Terror gebrochen.

Anwesend bei dem Tumult waren viele Nazis in braunen Hosen und mit Hitler-Abzeichen.

SPD. Köln, 9. April (Eig. Drahtb.)

In Köln wurden am Freitag und Sonnabend Flugblattverteiler des Reichsbanners wiederholt durch Nazis, die aus ihren Parteihäusern, mit Tischbeinen und Flaschen bewaffnet, hervorgestürmt waren, überfallen und misshandelt. Ein Teil der Nazis führte grosse Schäferhunde mit, die auf die Reichsbannerleute gehetzt wurden. Einige Nazis wurden verhaftet. Bei der Vernehmung behaupteten sie, die Tischbeine den Flugblattverteilern abgenommen zu haben.

SPD. Paris, 9. April (Eig. Drahtb.)

Staatssekretär von Bülow ist von London kommend am Sonnabend-Abend in Paris eingetroffen. Er wird hier den Sonntag als Gast des deutschen Botschafters verbringen und dann zur Abrüstungskonferenz nach Genf weiterreisen.

SPD. Am Sonnabend ist in Berlin das Stillhalteabkommen über die kurzfristigen Auslandsschulden fertiggestellt worden. Von dem Abkommen werden insgesamt 250 Millionen Mark erfasst. Die Amerikaner, deren Forderung rund 36 Millionen Mark beträgt, haben schon früher Teilabkommen getroffen. Von den 250 Millionen Mark entfallen 200 Millionen auf die Länder, einschliesslich der Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck. Der Rest verteilt sich auf 22 Gemeinden und 4 Gemeindeverbände.

Das Abkommen sieht vor, dass die Gläubiger bis zum 15. März 1933 stillhalten. Als Gegenleistung ist von deutscher Seite eine zehnpromzentige Teilrückzahlung in Devisen zugestanden worden. Dieses Zugeständnis erfordert einen Gesamtaufwand von 18 bis 19 Millionen Mark. Soweit Länder und Gemeinder seit Juli 1931 Rückzahlungen im Betrage von 10 Prozent geleistet haben, sind sie zu der oben erwähnten Rückzahlung nicht verpflichtet. Der Zinssatz beträgt praktisch für die Dauer des Abkommens 6 Prozent. Für den Fall, dass an den Auslandsmärkten eine ausserordentliche Steigerung der Zinssätze eintreten sollte, sind Bestimmungen getroffen, um den vereinbarten Zinssatz dem gewährten Diskont anzupassen. Es ist aber eine Höchstgrenze vorgesehen, die etwa bei 8 Prozent liegt.

Das Abkommen tritt in Kraft, sobald die Gläubiger es unterzeichnet haben. Zehn Tage nach der Unterzeichnung muss die oben erwähnte zehnpromzentige Teilzahlung geleistet werden. Bemerkenswert ist, dass die Festsetzung des Zinssatzes auf 6 Prozent für die Länder und Gemeinden eine wesentliche Zinsentlastung bedeutet.

SPD. Flensburg, 9. April (Eig. Drahtb.)

Der Norden der Provinz Schleswig-Holstein steht ähnlich wie vor dem 13. März unter dem Terror der Nationalsozialisten. Die Flugblattverbreiter der Eisernen Front und ein Propagandawagen des Hindenburg-Ausschusses wurden in den letzten Tagen in den Dörfern von aufgehetzten Nazi-Bauern wiederholt überfallen. Ähnliche Meldungen kommen aus dem naziverseuchten Westen der Provinz. Dort wurden Flugblattverbreiter mit Steinen und Eisenstücken beworfen. Die Gendarmerie scheint in den betreffenden Gebieten zu schwach zu sein, um dem Treiben der Nationalsozialisten Einhalt gebieten zu können.

SPD. Paris, 9. April (Eig. Drahtb.)

Ueber dem Flugplatz Le Bourget bei Paris stiessen am Sonnabend zwei Militärflugzeuge kurz vor der Landung zusammen. Das eine Flugzeug, dem die rechte Seite des Rumpfes abgerissen wurde, stürzte auf einen Flugzeugschuppen, in dem sich glücklicherweise niemand befand. Ein Insasse des Flugzeugs wurde getötet, während sich der zweite durch Absprung mit dem Fallschirm retten konnte. Die beiden Insassen des zweiten Flugzeuges gelangten mit Fallschirmen unverletzt zur Erde. Der Apparat stürzte auf eine Fliegerkaserne und richtete Materialschaden an.

SPD. Köln, 9. April (Eig. Drahtb.)

In Ohligs rissen in der Nacht zum Sonnabend Nationalsozialisten vom Gewerkschaftshaus die rote Fahne und flüchteten damit. Bei der Verfolgung feuerten sie drei Schüsse ab. Nach dem Vorfall durchsuchte ein Solinger Ueberfallkommando die SA-Heime. Es wurden mehrere Schusswaffen und zahlreiche Patronen beschlagnahmt.

SPD. Hannover, 9. April (Eig. Drahtb.)

Die hannoversche Justiz war erst kürzlich Gegenstand einer Debatte im Preussischen Landtag. Tag für Tag könnte die Liste politischer Skandale in der hannoverschen Justiz fortgesetzt werden. Am Sonnabend aber haben Richter ein Urteil gefällt, das nicht nur jedem Rechtsglauben Hohn spricht, sondern

einen Justizskandal darstellt.

Oberpräsident Noske hatte kürzlich verfügt, dass die Verbreitung von Nazizeitungen, wie es von Hitler während des Osterburgfriedens angeordnet war, eine Umgehung der Burgfrieden-Verordnung bedeute und infolgedessen zu unterbinden sei. Der Reichsinnenminister hat dieses Verhalten durch eine Erklärung ausdrücklich gebilligt. Dagegen hatte das hannoversche Naziorgan eine einstweilige Verfügung erwirkt. Nach einer skandalösen Verhandlung, die auf die Beschwerde Noskes hin stattfand und in der der Nazianwalt sogar eine Haftstrafe gegen den Oberpräsidenten beantragte und sich zahlreiche Ausfälle gegen die Regierung leistete, ohne dass der vorsitzende Richter einschritt, wurde am Sonnabend folgender Urteilsspruch gefällt:

"Die einstweilige Verfügung vom 2. April 1932 wird mit der Massgabe bestätigt, dass das Verbot auch für den Teil nicht gilt, dass sich bei der Werbeverteilung aus besonderen Gründen (Begehung strafbarer Handlungen, Störung der öffentlichen Ordnung und dergleichen) Anlass zu politischem Einschreiten ergibt."

Aber noch toller als dieses Urteil, das einen Eingriff der Justiz in die staatlichen Hoheitsrechte darstellt, ist die Urteilsbegründung. Unter vielem anderen finden wir darin Sätze wie die folgenden:

"...dass der Oberpräsident trotz erkannter Ungesetzlichkeit seiner Massnahmen diese getroffen und durchgesetzt habe... ..dass es dem Oberpräsidenten von Anfang seines Vorgehens an in erster Linie darauf angekommen ist, durch schonungslose Ausnutzung staatlicher Machtmittel die ihm missliebige Werbung politisch Andersdenkender zu unterdrücken... ..Entweder hat der Oberpräsident über den Sachverhalt der hier strittigen Werbung falsch berichtet, oder der Innenminister hat trotz richtigen Berichtes den oben als unhaltbar gekennzeichneten Standpunkt... ..eingenommen und aufrechterhalten. Im letzteren Falle liegt die Willkür beim Innenminister, nicht beim Oberpräsidenten... ..Ein derartiges Vorgehen von Beamten, die in leitender Stellung tätig sind, ist widerrechtlich und stellt sich als eine zum Schadenersatz verpflichtende unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 ff. BGB dar... ..Es entspricht anerkannter Rechtsprechung, dass gegen Willkürmassnahmen von Beamten der ordentliche Rechtsweg offen steht... ..Ob der Staat es ist oder ein Privater, der mit widerrechtlichen Eingriffen droht, kann dabei jedenfalls keinen Unterschied machen, wenn die staatlichen Eingriffe, die für den vorliegenden Fall oben als glaubhaft angenommen worden sind, sich als eindeutige Willkürmassnahmen darstellen. Wenn also die Machtstellung der staatlichen Behörden dazu missbraucht wird, sachlichen Erwägungen fernstehende Absichten um jeden Preis durchzusetzen..."

Oberpräsident Noske teilt zu diesem Urteil von Nazirichtern folgendes mit: "Gegen die Entscheidung in Sachen der einstweiligen Verfügung, die am Sonnabend morgen eine hannoversche Zivilkammer erlassen hat, ist bereits die Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. Wegen der ganz ungewöhnlichen Begründung des Urteils finden zurzeit Erörterungen zwischen dem Herrn preussischen Minister des Inneren und dem Justizminister statt. Der Innenminister hat die Begründung des Urteils auf schnellstem Wege angefordert."

Der sozialdemokratische "Volkswille" bemerkt zu dem unerhörten Urteilspruch: Dem Gericht fehlt jede Kompetenz in der Streitsache, die nur auf dem Verwaltungswege zu entscheiden ist. Es ist interessant, dass eine preussische Behörde, denn um eine solche handelt es sich bei dem Gericht, trotz der Beschwerde des Staates seine Kompetenz überschreitet, um gegen den Staat zu urteilen. Eine Unmöglichkeit wäre es, wenn nach diesem Urteil, das von allen hier in Hannover gefällten das unbegreiflichste ist, der preussische Justizminister den Dingen in der hannoverschen Justiz noch weiter seinen Lauf lässt. Hier wird geradezu Sabotage an der Staatsautorität verübt, wie sie

sich keine Staatsgewalt gefallen lassen kann. Oberpräsident Noske findet in Hannover nicht nur keinen Ehrenschatz, sondern er wird auch in der Durchführung seiner Regierungsmassnahmen gehindert. Welcher Richter hätte sich derartiges im alten Staat erlauben dürfen. Republik werde hart.

SPD, Dresden, 9. April (Eig. Drahtb.)

Ein übles Wahlmanöver hat am Sonnabend die Redaktion des Dresdner Nazi-Blättchen unternommen. Sie veröffentlichte in ihrem Anzeigenteil ein Inserat, in dem die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm zur Wahl Hitlers auffordern. Die Landesleitung des Stahlhelm bezeichnete diese Anzeige bald nach ihrem Erscheinen als unverschämte Wahllüge. Die Deutschnationale Volkspartei erklärte, dass sie eine derartige Anzeige nicht aufgegeben habe und es sich um eine "plumpe Wahllüge" handle.

SPD. Kopenhagen, 9. April (Eig. Drahtb.)

Die dänischen Schweineschlächtereien kündigen für den 15. April die Aussperrung von 5 000 Arbeitern an. Die Arbeiter lehnten einen ihnen zugemuteten Lohnabbau von 20 Prozent ab.

SPD. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser wurde am Sonnabend vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung des Berliner Polizei-Vizepräsidenten Dr. Weiss zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt.

Als Entlastungszeuge für den Angeklagten trat dessen Bruder Dr. Otto Strasser auf, der seit Jahren der politische Gegner des Angeklagten ist. Der beleidigende Artikel war im April 1930 in der von Dr. Otto Strasser herausgegebenen Zeitung erschienen, die damals noch parteioffiziös war, aber später in Gegensatz zu Goebbels und Hitler trat. Gregor Strasser hat die Nummer, in der der beleidigende Artikel erschien, verantwortlich gezeichnet, aber Dr. Otto Strasser bestätigte, dass sein Bruder diesen Artikel, der von Dr. Goebbels als Berliner Gaugeschäftsführer eingesandt war, garnicht gelesen habe. Otto Strasser wurde nicht vereidigt und das Gericht kam trotz seiner Aussage zur Verurteilung seines Bruders.

SPD. Köln, 9. April (Eig. Drahtb.)

In Aachen wurde das am Elisen-Brunnen aufgestellte Hindenburg-Transparent besudelt. In die Brustpartie des Bildes wurde ein 25 cm langer Dolch gestossen. Nationalsozialisten versuchten ausserdem, die Schaufenster jüdischer Geschäftshäuser mit einem Glasschneider zu zerstören.

SPD. Paris, 9. April (Eig. Drahtb.)

Der Schnellzug Marseille-Genf wurde am Sonnabend in der Nähe von Valence von zwei Banditen überfallen. Vier Reisende der ersten Klasse, ein Franzose, zwei Schweizer und ein Oesterreicher namens Sellner, wurden von den Räubern ausgeplündert. Der Oesterreicher wurde durch zwei Revolverschüsse im Gesicht und an einer Hand leicht verletzt. Während der Zug durch Ziehen der Notbremse

durch einen der Angegriffenen anhielt, sprangen die Banditen ab und entflohen. Ein Reisender konnte jedoch eine genaue Personalbeschreibung geben, sodass die Verbrecher bald in einem Café verhaftet werden konnten. Die geraubte Summe konnte sichergestellt werden. Die Verbrecher gaben zu, den Zug in Marseille bestiegen zu haben um einen Raubüberfall auszuführen.

SPD. Solingen, 9. April (Eig. Drahtb.)

In Wülfrath legte ein SA-Mann seinen Revolver im SA-Heim auf den Tisch. Ein anderer SA-Mann namens Ladewig, hantierte mit dem Revolver, wobei sich ein Schuss löste und dem Nazi von der linken Unterbauchseite durch den Körper bis zum Halswirbel drang, sodass er getötet wurde. Ein SA-Mann beseitigte die Waffe, um den Beweis zu liefern, dass sich auf der Wache des SA-Heimes keine Schusswaffen befunden haben. Die Polizei fand die Waffe jedoch in einem Abhang verschachtet auf.

SPD. Riga, 9. April (Eig. Drahtb.)

Die wegen des Attentats auf den deutschen Botschaftsrat v. Twardowski verurteilten Attentäter Stern und Wassiljew sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, am Sonnabend erschossen worden sein. Die Begnadigungsversuche der Attentäter sind, wie wiederum amtlich mitgeteilt wird, von dem Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjet-Union abgelehnt worden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

„Aus aller Welt“

Begräbnis ohne Leichnam.

Herr Gaborit ergötzt sich an seiner Bestattung.

SPD. Paris, Mitte April (Eig. Bericht)

Herr Gaborit, ehemaliges Mitglied der französischen Kammer, ist der Held einer sehr sonderbaren Geschichte, die sich dieser Tage in Paris ereignete. Als Herr Gaborit morgens am Frühstückstisch sass und die Morgenzeitungen las, entdeckte er plötzlich in einem der Blätter unter "Verschiedenes" die Meldung, dass er gestorben sei; die Beerdigung finde dann und dann statt.....

Der Text der kleinen Mitteilung war derart erschütternd und gleichzeitig auch derart schmeichelhaft, dass die Gefühle Herrn Gaborit hin und herschwankten zwischen Entsetzen und Stolz. Entsetzen, weil er sich noch gesund und munter fühlte und keineswegs daran dachte, diese Welt zu verlassen. Stolz, weil der an die Meldung angehängte Nekrolog aussergewöhnlich sympathisch gehalten war und eine solche Fülle von Verdiensten des Herrn Gaborit aufzählte, dass der Tote sich wunderte, in welcher Achtung er bei seinen Mitbürgern stand.

Man erzählt, dass dem amerikanischen Humoristen Mark Twain einmal ein ähnlicher "Scherz" passierte. Auch er fand seine eigene Todesnachricht in der Zeitung. Mark Twains Antwort traf den Sargnagel auf den Kopf: "Da ich wohl am besten über diese Angelegenheit informiert sein muss", schrieb er, "so teile ich Ihnen mit, dass Ihre Nachricht reichlich verfrüht erscheint."

Herr Gaborit beschloss indes der Geschichte seines plötzlichen Endes auf den Grund zu gehen. Tag, Stunde und Ort der Beerdigung waren genau angegeben, Der Tote, der so inkonsequent war, zu leben, wollte sich dieses Schauspiel aus der Nähe ansehen.

Zur vorbestimmten Zeit versammelten sich auf dem Platz am Eingang des Pariser Père-Lachaise-Friedhofes eine Reihe von Leidtragenden. Herr Gaborit, hinter einem Gebüsch versteckt, erkannte mit Genugtuung, dass er noch nicht alle Freunde verloren hatte. Er bemerkte einige Kammerabgeordnete, mehrere eisgraue Senatoren, ferner eine Anzahl von Journalisten, auch "Volk". Der Tote wider Willen zog schmunzelnd sein Notizbuch hervor und notierte sich die Namen der Herren, die dort unten im feierlichen Zylinder standen, um ihm das letzte Geleit zu geben.

Die Bestattungsstunde war gekommen. Die Versammlung begann unruhig zu werden: kein Leichenwagen zeigte sich und auch die Friedhofwächter wussten nichts von einer Beerdigung. Aber der Père-Lachaise-Friedhof ist einer der grössten der Welt, und es kann schon passieren, dass man nicht über jede einzelne Beerdigung genau Bescheid weiss. Die Herren im Zylinder warteten also brav weiter, wurden aber doch sichtlich nervöser..

Endlich hielt Herr Gaborit, der alles von weitem beobachtet hatte, seine Stunde für gekommen. Er trat aus seinem Gebüsch hervor und eilte auf die treuen Freunde zu. Herrn Gaborits Auftreten wirkte sensationell. Die "Leidtragenden", die nun eigentlich nicht mehr wussten, wohin sie ihr Leid tragen sollten, waren wie aus den Wolken gefallen und machten entsprechende Gesichter. Herr Gaboritklärte die Trauernden auf, soweit er hierzu in der Lage war - denn den Einsender seiner Todesnachricht kannte er ja nicht, und er kennt ihn bis heute noch nicht. Aber jedenfalls versuchte der "Tote" seine Freunde zu beruhigen, und er wies sie auch daraufhin, dass der erste April ja längst vor-

bei sei. Später, in einem Restaurant, wo man sich von dem ausgestandenen Schreck erholte, liess Herr Gaborit verlauten, dass er bereit sei, die ganze Zeche zu bezahlen - sie wurde nicht klein.

Während die Kellner aufzuhören, was Küche und Keller herhielten, las Herr Gaborit den Text der Trauerrede durch, die einer der Senatoren zu seinem Gedenken halten wollte. Sie war sehr schmeichelhaft; es war sozusagen für Herrn Gaborit ein Vergnügen, gestorben zu sein. Erst spät am Abend trennte man sich, nicht gerade, wie berichtet wird, in Trauerstimmung; und die Leidtragenden versicherten, dass dies wohl die denkwürdigste Beerdigung gewesen sei, die sie jemals mitgemacht hätten.

-9-

+ + +
"Kuhle Wampe" bleibt verboten. Die Berliner Filmoberprüfstelle unter Vorsitz des Ministerialrats Dr. Seeger hat den sozialistischen Milieufilm "Kuhle Wampe" von Bert Brecht und Ernst Ottwald ebenfalls verboten. In der Verbotsbegründung heisst es, dass einzelne Szenen auffordern "zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und zum Ungehorsam gegen die Strafgesetze, insbesondere gegen den § 218." In der Begründung des Verbots wird weiter betont, dass durch den Film die Justiz verächtlich gemacht werde; einige Nacktbadeszenen und die Darstellung der bürgerlichen Ehe seien von entsittlichender Wirkung; die wiederholte Aufforderung zur Solidarität und zur Selbsthilfe bedeute eine Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz.

Mitglieder der verbietenden Kammer waren der Vorsitzende des "Verbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer", Kommerzienrat Scher-München, der durch seine Stellungnahme gegen den Dreigroschen-Film bekannt ist; die Berliner deutschnationale Stadträtin Asta Rötger; der Schlachten- und Landschaftsmaler Karl Langhammer; der Hauptlehrer Herde-München. Vertreter des Reichsinnenministeriums war Ministerialdirigent Dr. Haentzschel, der kein allgemeines Verbot des Films forderte, sondern lediglich auf Aenderung oder Weglassung einzelner Szenen bestand. Ausserdem hatten die Vertreter der Herstellerfirma (Abg. Dr. Otto Landsberg und R.-A. Dr. Dienstag) als Sachverständigen Harry Graf Kessler geladen. Als dieser sein Gutachten mit den Worten begann, dass er als bisheriger Nichtkenner des Films wohl als der "normale Kinobesucher" anzusprechen sei, wurde ihm bedeutet, dass bei der zu fallenden Entscheidung vom normalen Kinobesucher gar nicht die Rede sei....

+ + +
Der Kenner. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte sollte am Sonnabend ein Einbrecher wegen schweren Diebstahls abgeurteilt werden. Zu Beginn der Verhandlung war der in Freiheit belassene Angeklagte nicht erschienen. Wohl aber wussten Zeugen anzugeben, wie der Angeklagte kurz vor Verhandlungsbeginn die Tür zum Sitzungssaal geöffnet und sich den Vorsitzenden, den Staatsanwalt und die Schöffen sehr genau angesehen hätte. Kopfschüttelnd wäre dann der Angeklagte mit den Worten weggegangen: "Ne, das Gericht gefällt mir nicht. Ich hab davon keinen guten Eindruck. Vielleicht ist nächstes Mal die Zusammensetzung günstiger für mich."

+ + +
Gondelkatastrophe... Die Gondel des Piccard'schen Stratosphärenballons ist beim Abtransport von der Gurgler Alp 200 Meter tief in den Gurgler-Eisbach gestürzt und kann, wenn überhaupt, nicht vor dem Sommer geborgen werden.

+ + +
Damm-Urteil. Im Berliner Buchmacherprozess wurde nach zweimonatiger Verhandlung der ehemalige Polizeibeamte Liesner freigesprochen, der ehemalige Polizeibeamte Damm zu 10,5 Monaten Gefängnis verurteilt; die anderen angeklagten Polizeibeamten wurden zum Teil freigesprochen, zum Teil zu kleineren Gefängnisstrafen verurteilt; die 34 wilden Buchmacher, erhielten Geldstrafen und Gefängnisstrafen von einem bis zu zehn Monaten.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Kampf der Metallarbeiter.

SPD. Die Metallarbeiterinternationale nahm dieser Tage zu den brennenden Fragen der Stunde: Abwehr des Faschismus, Abrüstung, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit Stellung. Die Berichte aus den einzelnen Landesorganisationen, die der Internationale angeschlossen sind, ergaben die erfreuliche Tatsache, dass die Metallarbeiterverbände der in der Metallindustrie führenden Länder trotz Krise und Not unerschüttert blieben und von einer "Krise der Gewerkschaften" nicht gesprochen werden kann. Im Gegenteil: der erfolgreiche Abwehrkampf gegen die reaktionäre Welle des Faschismus, die zur Zeit vor allem Deutschland überflutet, lässt nach der Auffassung der Metallarbeiterinternationale deutlich den Beginn eines Wiederaufstiegs und einer Neusammlung der Kräfte der Gewerkschaften erkennen. Den deutschen Arbeitern wurde auf der Tagung für ihre opfer- und erfolgreiche Arbeit im Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse der besondere Dank der Metallarbeiterinternationale ausgesprochen.

Machtdünkel, Profitsucht, Rüstungswahnsinn und der Appell an die rohe Gewalt sind trotz der furchtbaren Ergebnisse des Weltkrieges von neuem dabei ein noch viel schlimmeres Blutbad vorzubereiten. Demgegenüber fordern 4½ Millionen Metallarbeiter, die im Internationalen Metallarbeiterbund vereinigt sind, eine durchgreifende und vorbehaltlose Abrüstung in allen Staaten der Welt. Sie wollen Sicherheit durch Abrüstung, Verständigung und Zusammenarbeit aller Völker zum Wohl ihrer Bürger. Das Sekretariat des Bundes wurde beauftragt, diese Willenskundgebung der Metallarbeiterinternationale der Abrüstungskonferenz in Genf zu übermitteln.

Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise hat nach der Auffassung der Metallarbeiterinternationale der kapitalistische Versuch, eine Ueberwindung der Schwierigkeiten durch Lohn- und Sozialabbau herbeizuführen, in allen Ländern restlos versagt. Die Weltwirtschaftskrise gleiche heute bedenklich einer Krise des kapitalistischen Systems selbst; denn nie zuvor habe die Menschheit einen grösseren und leistungsfähigeren Produktionsapparat gehabt als in diesen Tagen. Nie habe die Landwirtschaft mehr Nahrungsmittel erzeugt als heutzutage. Und dennoch seien 25 Millionen rüstige Menschen zum Feiern gezwungen. Die Folge sei, dass die übergrosse Mehrheit der Bevölkerung darbe und hungere. Diesem Wahnsinn müsse ein Ende gesetzt werden. Produktion und Konsum müssten in planwirtschaftliche Bahnen gelenkt werden. Beseitigung der Zollschränken und Handelshemmungen, Schaffung eines einheitlichen und aufnahmefähigen europäischen Wirtschaftsraumes, Sicherung eines auskömmlichen Lohns als Mittel der Kaufkraftsteigerung - das alles seien Lebensnotwendigkeiten. Mehr denn je habe sich durch die Zusammenbrüche grosser Konzerne und durch die Mängel der Kreditorganisationen und der Kreditversorgung ergeben, dass der Kapitalismus den verfahrenen Karren nicht wieder flott bringe. Staatshilfe für die Privatwirtschaft werde in einem Umfang gegeben wie nie zuvor. Gewerkschaften und Partei seien, wie sich immer deutlicher zeige, in ihren Wirtschaftsreformforderungen und Vorschlägen auf dem richtigen Wege. Die Entwicklung vollziehe sich nicht im Sinne der Individualwirtschaft der Vergangenheit, sondern im Sinn einer planwirtschaftlichen Formung zur sozialen Gemeinwirtschaft.

Zur Milderung der Arbeitslosennot fordert die Metallarbeiterinternationale ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, vor allem aber gesetzliche

Einführung der 40-Stundenwoche und der sechsstündigen Schicht für kontinuierliche Betriebe und zwar nicht nur zur augenblicklichen Entlastung des Arbeitsmarkts, sondern als Dauerregelung, die im Hinblick auf die gewaltige Produktionsmittelkapazität unerlässlich geworden sei. Für die Durchführung dieser Forderung müssten alle Kräfte eingesetzt werden. Darüber hinaus sei die Beschaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten in nationalem und internationalem Massstab brennend.

Der Metallarbeiterbund schloss seine Tagung mit einem flammenden Appell an die Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen aller Länder, mit neuem Flan den Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion unerschrocken und rücksichtslos aufzunehmen. "Helft", so schliesst sein Appell, "mitbauen an den Fundamenten einer besseren Zukunft!"

SPD. Von einem riesigen Mitgliederverlust des Zentralverbandes der Schuhmacher erzählt die Kommunisten-Presse ihren gedulden Lesern. Sie behauptet, dass der Zentralverband durch seine reformistischen Führer bis auf 35 000 Mitglieder heruntorgewirtschaftet worden sei.

Die Zahlen sind natürlich falsch. Im Jahre 1922 waren in der Schuhindustrie rund 111 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Im Jahre 1931 dagegen nur noch 67 700, das sind 43.300 oder rund 40 % weniger. Im Jahre 1922 hatten wir im Jahresdurchschnitt nur 1,25 % Arbeitslose, im Jahre 1931 dagegen 30,5 %, wozu noch 43,5 % Kurzarbeiter kommen. Die Zahl der Vollbeschäftigten betrug in der Schuhindustrie im Jahresdurchschnitt 1931 nur noch rund 15.000 oder 26 %.

Die Zahl der Mitglieder betrug im Jahre 1922 allerdings 116 000, am Schluse des 4. Quartals 1931 aber nicht 35 000, wie die KPD.-Presse lügt, sondern, wie jeder aus der veröffentlichten Abrechnung ersehen kann, 59.917. Gegenüber dem Rückgang der Zahl der Beschäftigten und der grossen Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern hat sich also der Zentralverband der Schuhmacher ausserordentlich gut gehalten.

Wenn die Kommunistenpresse behauptet, wir hätten nach unseren eigenen Angaben nur noch 45 000 Mitglieder, diese Zahl sei aber inzwischen wohl auf 35 000 zurückgegangen, so beweist das nur ihre Verlogenheit oder ihre grenzenlose Dummheit. Sie errechnet - wie es scheint - die Mitgliederzahl von 45000 aus der Berechnung der Delegierten zum Verbandstag. Jeder Gewerkschafter aber weiss, dass bei der Berechnung der Delegierten nur die bezahlten Beitragsmarken zugrundegelegt und 13 bezahlte Beiträge gleich einem Mitglied pro Quartal gerechnet werden. Nach der so errechneten Mitgliederzahl erfolgt die Berechnung der Zahl der Delegierten, während natürlich in der Abrechnung alle Mitglieder, auch diejenigen, welche infolge Kurzarbeit nur alle 14 Tage oder 3 Wochen einen Beitrag zahlen, sowie die arbeitslosen Mitglieder, mitgerechnet werden. =

Wenn die Kommunisten sagen, die Verbandsleitung trage die volle Verantwortung für die Elendslage der Schuharbeiter und für den Rückgang der Organisation, dann kann man mit demselben Recht die KPD. für den Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges verantwortlich machen. Und wenn die Kommunisten verlangen, dass die Opposition in allen Zahlstellen oppositionelle Delegierte aufstellen und diese Delegierten dem Reichskomitee der RGO.-Industriegruppe Leder melden soll, dann kann man dazu nur sagen, dass die RGO. im Zentralverband der Schuhmacher sehr wenig zu melden haben wird und von gewählten Delegierten jedenfalls gar keine; denn die Rote Gewerkschaftsopposition hat im Zentralverband der Schuhmacher so gründlich abgewirtschaftet, dass von ihr nicht mehr viel übriggeblieben ist.

SPD. Arbeit=Nordwest ist bei seinem Versuch, in dem Tarifkonflikt der HeizungsMonteure des Ruhrgebietes einen Arbeitskampf durch eine einstweilige Verfügung zu unterbinden, nun auch vor dem Landesarbeitsgericht abgeblitzt.

Zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband für die Zentralheizungsindustrie bestand ein Tarifvertrag, der auch eine Regelung der Löhne enthielt. Um von diesen Löhnen loszukommen, hat sich der Verband für die Zentralheizungsindustrie aufgelöst, und zwar sind dessen Mitglieder geschlossen nach vorheriger Abrede aus dem Verband ausgetreten und von dem Arbeitgeberverband für die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der den ganzen Sachverhalt gekannt und gebilligt hat, aufgenommen worden. Der Arbeitgeberverband für die nordwestliche Gruppe verlangte nun von dem Deutschen Metallarbeiterverband, dass dieser die Anwendbarkeit des Nordwest-Tarifvertrages auch auf die Arbeitsverhältnisse der HeizungsMonteure anerkennen solle, da der Tarifvertrag, der bisher diese Arbeitsverhältnisse geregelt habe, durch Auflösung des Verbandes für die Zentralheizungsindustrie in Fortfall gekommen sei. Für die Monteure hätte die Anerkennung des Nordwest-Tarifvertrages eine Lohnminderung von 1,28 auf 0,70 Mark bedeutet. Da der Deutsche Metallarbeiterverband sich weigerte, dem Ansinnen des Arbeitgeberverbandes Nordwest Folge zu leisten, kam es an einer Reihe von Orten zu einem Arbeitskampf, den Nordwest durch einstweilige Verfügung zu unterbinden versuchte. Das Arbeitsgericht in Essen hat den Erlass einer einstweiligen Verfügung abgelehnt mit der Begründung, der Tarifvertrag für die Nordwestgruppe sei fachlich nicht zuständig. Nun ist auch die Berufung des Arbeitgeberverbandes vom Landesarbeitsgericht zurückgewiesen worden.

In der Begründung bringt das Landesarbeitsgericht zum Ausdruck, das Verhalten des Arbeitgeberverbandes Nordwest - bei bestehendem Tarifvertrag mit einem anderen Tarifgegner des DMV übereinzukommen, dieser Tarifträger solle sich vorzeitig auflösen und seine Mitglieder sollten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Nordwest werden - müsse als äußerst bedenklich hingestellt werden, sodass der Auffassung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes könne die Einrede der Arglist entgegengehalten werden, die Berechtigung nicht abzuspochen sei.

Der Vorfall zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Gefahr die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts in sich schliesst, wonach ein Tarifvertrag zum Fortfall kommt, wenn der Arbeitgeberverband, der Tarifkontrahent ist, vorzeitig sich selbst auflöst.

SPD. Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben: Mit dem 1. April 1932 ist der Direktor des technischen Dezernats bei der Reichsbahndirektion Halle-Saale, Bode, wegen Erreichung der Altersgrenze in den dauernden Ruhestand versetzt worden. Seine monatliche Pension beträgt ungefähr 700 Mark. Trotzdem hat die Reichsbahn-Gesellschaft dafür gesorgt, dass er umgehend als Direktor bei der Mitropa angestellt wird. Es wäre zweckmässig, wenn sich das Reichsverkehrsministerium als aufsichtsführende Instanz einmal etwas genauer mit der Reichsbahnpersonalpolitik in den höheren Regionen beschäftigen würde.

Wirtschaft Technik Handel

Wann kommt das Kartellgesetz?

SPD. Vor mehr als einem Jahr, am 14. Februar 1931, ersuchte der Reichstag entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag die Reichsregierung, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine wirksamere Kontrolle der privaten Monopole ermöglicht. Jetzt wird die Antwort der Reichsregierung bekanntgegeben. Sie erklärt, sie werde "zu gegebener Zeit mit einem Gesetzesvorschlag an den Reichstag herantreten, der das Verhältnis von Trägern wirtschaftlicher Macht zum Staat und zur übrigen Wirtschaft regelt und der die bisher im Verordnungswege getroffenen Regelungen zu ersetzen bestimmt ist".

Es besteht unter den Wirtschaftssachverständigen seit langem Uebereinstimmung darüber, dass die privatkapitalistischen Monopole durch ihre Preis- und Investitionspolitik an der Verschärfung und Verlängerung der Wirtschaftskrise einen grossen Anteil der Schuld tragen. Selbst die Reichsregierung musste das indirekt anerkennen, wie ihre Preisabbauaktionen beweisen. Aber niemand gibt sich einer Täuschung darüber hin, dass derartige sporadische Preisabbauaktionen, die nach einer bestimmten Zeit wieder einschlafen, kein ausreichender Ersatz für eine ständige systematische Kontrolle der Monopole sind. Wann also wird die Regierung den Zeitpunkt für gegeben halten, um eine solche Kontrolle einzurichten? Vielleicht bis das Kind abermals ins Wasser gefallen und die nächste Wirtschaftskrise ausgebrochen ist?

Man kann heute sagen, dass die Ueberkartellierung und die Uebervertristung in Deutschland die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit ausgelöst, zum mindesten der Wirtschaftskrise ihre besonders Verschärfung gegeben haben. Man braucht nur einen Blick auf die Industrieskandale zu werfen und man stösst immer wieder auf das Uebel der Kartelle und der Trusts mit ihren Ueberspekulationen und Fehlinvestitionen. Die einzige Partei, die rechtzeitig auf dieses Wirtschaftsübel hingewiesen und Abänderung forderte, ist die Sozialdemokratie. Wenn die sozialdemokratische Forderung bisher nicht erfüllt wurde, dann lag das ohne Zweifel an der politischen Entwicklung. Das kartellierte Untermertum hat sich gegenüber den Angriffen auf die Kartelle äusserst widerstandsfähig und überlegen erwiesen und zwar - daran ist nichts zu leugnen - mit Hilfe der Nationalsozialistischen Partei. Die Millionen, die Adolf Hitler zuge laufen sind, bildeten das Schwergewicht, das auch im Kampf gegen die Kartelle ausgenutzt wurde. Dieser Kampf um die Kartelle sähe ganz anders aus, wenn es in Deutschland keine Nationalsozialistische Partei gäbe. Auch hier hat sich die Nationalsozialistische Partei als reaktionäre Söldnertruppe des Gross- und Trustkapitalismus erwiesen. Die Sympathien unserer Grossindustriellen für Adolf Hitler erklären sich daraus. Es kommt nicht von ungefähr, wenn ein Mann wie Kirdorf, der grösste Scharfmacher in der Schwerindustrie, mit Adolf Hitler frühstückt; wenn Herr von Stauss, der Gewaltige von der Deutschen Bank-Diskontogesellschaft, mit Adolf Hitler freundschaftlich verkehrt; wenn Fritz Thyssen, einer der Macher im Ruhrtrust, Millionen zur Förderung der nationalsozialistischen Bewegung zur Verfügung stellt.

Gerade bei den Preussenwahlen wird Gelegenheit geboten, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. Der unglückliche und bedenkliche Einfluss der überhöhten Kartellpreise auf die Wirtschaftsentwicklung, auf die Arbeitsmärkte und

auf die Arbeitslosigkeit ist nichts anderes als eine Folge der nationalsozialistischen Verwirrung in Deutschland. Wir werden den bevorstehenden Preussenkampf benutzen müssen, um diese Erkenntnis in die Köpfe der Wähler zu tragen. Für den Preussenkampf muss auch unsere Forderung lauten: Her mit dem Kartellgesetz! Ein für die Sozialdemokratie siegreicher Preussenwahlkampf wird diese Forderung stark unterstützen und mit dazu beitragen, das Kartellübel einzudämmen.

SPD. Der von der Reichsbank gewährte Kredit ist in der ersten Aprilwoche um nicht weniger als 331,2 Millionen Mark auf 3 638,3 Millionen Mark zurückgegangen, während zur Ueberwindung des Märzultimo der Kredit nur um 253,5 Millionen Mark ausgeweitet zu werden brauchte. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 85,8 Millionen Mark (Ausweitung in der letzten Märzwoche um 59,9 Millionen Mark) auf 3 172,7 Millionen Mark abgenommen, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 55,7 Millionen auf 3,7 Millionen Mark und die Lombardkredite um 189,5 Millionen Mark (Ausweitung in der letzten Märzwoche rund 155 Millionen Mark) auf 1 00,4 Millionen Mark.

Bei der Währungsreserve ist eine geringe Ermässigung, um 19 000 Mark, auf 1 020,5 Millionen Mark festzustellen. Die Goldbestände steigerten sich um 92 000 Mark auf 878,7 Millionen Mark, während die Deckungsdevisen um 111 000 Mark auf 141,7 Millionen Mark zurückgingen.

Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen beträgt 25 Prozent gegen 24,1 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Der in unserer Schwerindustrie massgebende Ruhrtrust, die Vereinigten Stahlwerke, haben für die Zeit von Januar bis März 1932 eine weitere Schrumpfung der Erzeugung und des Umsatzes erfahren. Dagegen hat sich der Auftragsbestand gebessert. Gegenüber dem vierten Quartal 1931 ist im ersten Quartal 1932 die Kohlenförderung von 3,965 Millionen Tonnen auf 3,509 Millionen Tonnen zurückgegangen, die Kokserzeugung von 1,060 Millionen Tonnen auf 955 000 Tonnen, die Roheisenproduktion von 602 000 Tonnen auf 518 000 Tonnen und die Rohstahlherstellung von 633 000 Tonnen auf 512 000 Tonnen. Der Umsatz verringerte sich von 144,2 Millionen Mark auf 116,69 Millionen Mark. Zu beachten ist, dass der Auslandsabsatz um 40,5 Prozent zurückgegangen ist, der Inlandsabsatz dagegen nur um 4 Prozent. Der Auftragsbestand hat vor allem bei den Eisenbetrieben eine gewisse Besserung erfahren. Die spezifizierten Auftragsbestände der Hüttenwerke und der Verfeinerungsbetriebe in der Eisen- und Stahlerzeugung betragen Ende März 1932 rund 50 Prozent des entsprechenden Bestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1931. Ende März 1931 stellte sich der Auftragsbestand auf nur 44 Prozent. Darin sind die neuen Russengeschäfte, die die Lieferung von rund 300 000 Eisen vorsehen, nicht enthalten. Der Belegschaftsabbau hat nicht mehr so starkes Tempo wie in den Vorquartalen. Die Belegschaft sank von 105 000 Ende März 1931 auf 84 500 Ende Dezember 1931. Sie ging bis Ende März 1932 auf 82 400 zurück. Die Belegschaft im Steinkohlenbergbau ging in der gleichen Zeit von 50 900 auf 42 200 bzw. 37 600 zurück. Die Zahl der Angestellten verringerte sich, ebenfalls in der angegebenen Zeit, von 14 800 auf 12 600 bzw. 12 084.

SPD. Die dem Reich gehörende Vereinigte Aluminiumwerke A.-G. zu Lautawerk (Lausitz) weist einschliesslich des Vortrages von rund 330 000 Mark für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1,741 Millionen Mark aus gegenüber 2,642 Millionen Mark im Vorjahr. Die Dividende wird auf 6 Prozent festgesetzt (im Vorjahr 9 Prozent). Die Vorräte sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1 Million Mark auf 16 Millionen Mark zurückgegangen. Das erklärt sich in der Hauptsache durch die Beteiligung an der Alliance Aluminium Cie. in Basel zu der auch die kanadische Aluminiumindustrie gehört. Die Vereinigten Aluminiumwerke haben die Aktien des Unternehmens gegen entsprechende Mengen Aluminium übernommen. Durch die Beteiligung an der Alliance Aluminium Cie. hat sich auch eine Verschiebung in den Beteiligungen und den Debitoren und Kreditoren ergeben.

Für das abgelaufene Jahr wird ein Rückgang des Absatzes festgestellt. Zu Ende des Jahres 1930 vorgenommenen Preissenkung im Betrage von 200 Mark pro Tonne - im Januar 1932 wurde der Preis abermals um 100 Mark auf 1600 Mark pro Tonne gesenkt - mussten im Export weitere Preisnachlässe treten, da die Zoll- und Einfuhrerschwerungen in den Absatzländern und auch die Valutenabwertungen die Ausfuhr stark hemmten. Der Absatz des Aluminium-Syndikats hat sich im Jahre 1931 aber nur um 10 Prozent gegenüber dem Jahr 1930 verringert. Das wird als Beweis dafür angesehen, dass das Aluminium, das sogenannte weisse Metall, seinen Anteil am Absatz gegenüber anderen Metallen verbessern konnte.

Ruhiges Wochenende.

(Berliner Getreidebörse vom 9. April.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte sehr ruhigen Wochenendverkehr. An der grundsätzlichen Lage hat sich nichts geändert. Am Promptmarkt blieb das Angebot für Weizen weiter klein; jedoch herrschte keine besondere Kauflust der Mühlen. Die Preise blieben unverändert. Auch prompter Roggen wurde unverändert notiert, nachdem der grösste Teil des Bedarfes weiter durch russische Ware gedeckt wird. Im Zeithandel ergaben sich bei beiden Brotgetreidearten für die vorderen Sichten einige Abschwächungen im Ausmass von 1 bis 1½ Mark, während Herbstlieferungen unverändert notiert wurden. Der Mehlmarkt beharrte in seiner Leblösigkeit. Das Geschäft war schleppend bei gleichbleibenden Forderungen der Mühlen. Auch Hafer hatte ruhige Stimmung. Ausreichendem Angebot stand geringe Nachfrage gegenüber.

	<u>8. April</u>	<u>9. April</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	260 - 262	260 - 262
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	185 - 193	185 - 193
Futter- und Industrierogerste	172 - 184	172 - 184
Hafer	163 - 168	163 - 168
Weizenmehl	31,50 - 35,25	31,50 - 35,25
Roggenmehl	26,50 - 27,90	26,50 - 27,90
Weizenkleie	11,35 - 11,60	11,25 - 11,60
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 271¼ (Vortag 272), Juli 275¼ (277), September 228¼ (228¼), Roggen Mai 196¼ (197¼), Juli - (200¼), September 188 (188), Hafer Mai 174¼ (175¼), Juli 179 (180¼).